

# 1. Informationsveranstaltung „Kommunale Runde Tische gegen Beschneidung von Mädchen“



Ausschnitt aus dem Protokoll vom 8.6.2009

## Konzept der „Runden Tische“ und Erfahrungen in Kerpen und Köln

Am „Runden Tisch“ nehmen Organisationen teil, die sich intensiv mit dem Thema Mädchenbeschneidung beschäftigen, und Behörden und Institutionen, die wenig darüber wissen. Diese unterschiedlichen Wissensstände sollen zusammengebracht werden. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu informieren und sensibilisieren, die mit betroffenen Frauen und Mädchen Kontakt haben. Dabei sind Treffen, die nur dem Austausch dienen, für alle Beteiligten zu wenig. Gerade auf kommunaler Ebene können konkrete Maßnahmen und Aktionen entstehen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewonnen werden, weil es eine größere Nähe zu den Zielgruppen gibt. Eine direkte Ansprache von Berufsgruppen wie Ärztinnen und Ärzten, Hebammen, Erzieherinnen und Erziehern ist einfacher als beim landesweiten „Runden Tisch NRW“. Sie kann der kommunale „Runde Tisch“ über konkrete Angebote ohne weite Wege besser erreichen.

Erste kommunale „Runde Tische“ gab es 2006 und 2007 in Kerpen und Köln. Sie wurden von Aktion Weißes Friedensband mitorganisiert. Dies war ein enormer Aufwand, der so nicht mehr zu leisten ist. Der Verein wird den Aufbau der kommunalen „Runden Tische“ aber begleiten.

In Kerpen ging der „Runde Tisch“ von der Aktivgruppe PACE, einer Jugendgruppe von Aktion Weißes Friedensband, aus. Die Jugendlichen luden jeweils zu den Treffen ein. Von Anfang an waren die Behörden mit am Tisch: Bürgermeisterin, stellvertretende Bürgermeisterin, Gleichstellungsbeauftragte, Sozialamt, Jugendamt – außerdem verschiedene Berufsgruppen wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Erzieherinnen. Es stellte sich heraus, dass es in einer kleineren Stadt einfacher ist, die Behörden einzubeziehen, als in einer Großstadt wie Köln. Hilfreich war, dass die Bürgermeisterin in Kerpen den nachgeordneten Behörden signalisierte, dass sie eine Teilnahme wünscht. Auch in einer größeren Stadt könnte versucht werden, die oberen Ebenen einer Behörde einzubeziehen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen.

In beiden Städten hatten wir Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen eingeladen, die mit gefährdeten Mädchen und betroffenen Frauen Kontakt haben. In Kerpen organisierte der „Runde Tisch“ eine Informationsveranstaltung für Erzieherinnen. Daran nahmen 22 Erzieherinnen teil. Dies war möglich, weil der Workshop als eine offizielle Fortbildung der Stadt ausgeschrieben war. Als Ergebnis wurde ein Flyer mit Adressen geplant, an die sich Erzieherinnen wenden können. Er wurde aber bisher noch nicht realisiert. Eine Informationsveranstaltung für Ärztinnen und Ärzte kam dagegen nicht zustande, weil nur eine Gynäkologin erschienen war. Sie war persönlich von der Gleichstellungsbeauftragten eingeladen worden. Im Nachhinein erwies es sich als ungünstig, dass die Ärztinnen und Ärzte von Jugendlichen (Aktivgruppe PACE) angesprochen worden waren.

In Kerpen stellte sich heraus, dass einige Behörden wie der Opferschutzbeauftragte der Kriminalpolizei kreisweit zuständig sind. Daraus ergab sich der Vorschlag, einen „Runden Tisch“ für den gesamten Kreis zu installieren statt in jeder einzelnen Kommune. So wurde der „Runde Tisch Kerpen“ zum „Runden Tisch Rhein-Erft-Kreis“. In Köln war es in der Vergangenheit nicht gelungen, die Behörden in ausreichendem Maße einzubeziehen. Der Übergang der Organisation von Aktion Weißes Friedensband in „Kölner Hände“ erwies sich als schwierig. Künftig wird eine Frauenärztin vom Gesundheitsamt der Stadt Köln diese Aufgabe übernehmen. Beteiligen wird sich das Mwangaza-Projekt, das bei der Diakonie Köln angesiedelt ist und bereits 2006/2007 am „Runden Tisch Köln“ teilgenommen hat. Dort ist der Bedarf nach Informationen und einer Ansprechstelle in Köln weiterhin sehr groß. Beim Mwangaza-Projekt trifft sich eine afrikanische Frauengruppe. Die Mitarbeiterinnen des Projekts bekommen häufig Anfragen zum Thema weibliche Genitalbeschneidung, die sie oft nicht beantworten können, zum Beispiel von Erzieherinnen. Sie haben ebenso wie die Betroffenen zurzeit nur die Beratungsstelle von stop mutilation in Düsseldorf als Anlaufstelle.

## Wie gehe ich den Aufbau eines „Runden Tisches“ konkret in meiner Kommune an?

In den nächsten Wochen wird in Düsseldorf, Köln und im Rhein-Erft-Kreis der Aufbau der kommunalen „Runden Tische“ beginnen. In Oberhausen wird – mit Unterstützung von Aktion Weißes Friedensband – ein solches Vorhaben noch geprüft. Interesse besteht auch am Aufbau eines „Runden Tisches“ in Duisburg und Wuppertal.

## Kontakt:

Jeanette Zachäus

Tel. 0211-9945137

[zachaeus@friedensband.de](mailto:zachaeus@friedensband.de)

Der „Runde Tisch Düsseldorf“ wird gemeinsam von stop mutilation und Aktion Weißes Friedensband aufgebaut. Bestehende Strukturen sollen genutzt werden. Es gibt einen Koordinierungskreis, der sich bereits mit dem Thema weibliche Genitalbeschneidung beschäftigt. Ihm gehören die Gleichstellungsbeauftragte, der Kriminalpräventive Rat, das Jugendamt und die Ärztekammer Nordrhein – Servicestelle Düsseldorf an. Die Ärztekammer Nordrhein könnte eine Fortbildungsveranstaltung für Ärztinnen und Ärzte sowie Hebammen an Krankenhäusern anbieten, bei der das Thema weibliche Genitalbeschneidung ein Unterthema ist.

In Duisburg hat die Gleichstellungsbeauftragte ihr Interesse am Aufbau eines „Runden Tisches“ mitgeteilt. Sie will zur nächsten Informationsveranstaltung für „Kommunale Runde Tische gegen Beschneidung von Mädchen“ am 26. August kommen. Das Frauenhaus und das Gesundheitsamt wurden von anderer Seite bereits auf die Gründung eines „Runden Tisches“ angesprochen. Eingeladen werden sollte dazu auch die Integrationsbeauftragte. Eine Überlegung ist, den „Runden Tisch Duisburg“ in Marxloh zu installieren, weil dort viele Menschen afrikanischer Herkunft leben.

Das Landesjugendamt Köln bietet an, mit den Kolleginnen und Kollegen zu überlegen, wie diejenigen, die mit Kindern arbeiten, sensibilisiert werden können. Für die Leitungen der kommunalen Jugendämter könnte das Landesjugendamt eine Veranstaltung zum Thema weibliche Genitalbeschneidung organisieren, zum Beispiel bei deren nächstem großen Treffen (JALTA) im März 2010.

### **Möglicher Ablauf zur Gründung eines kommunalen „Runden Tisches“**

Zuerst könnte es einen internen Workshop geben für diejenigen, die den kommunalen „Runden Tisch“ mit aufbauen möchten: mit einer Expertin als Referentin, einem Film zum Thema und der Erarbeitung von Fragen und Antworten. Ziel wäre es, zunächst einen aufgeklärten „inneren“ Kreis zu haben. Dieser könnte eine Auftaktveranstaltung planen, die zur allgemeinen Information und zum Aufruf für die Gründung eines „Runden Tisches“ dient.

Bei der Einladung sollten berücksichtigt werden:

- Bürgermeister/in und Dezernate
- Ämter: Jugend-, Gesundheits-, Ausländeramt
- kommunale Gesundheitskonferenz
- Berufsgruppen: Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Erzieherinnen und Erzieher, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
- Vereine: Frauen-, Flüchtlings- und Migrationsvereine
- afrikanische Vereine
- afrikanische christliche Gemeinden

Vom Landesjugendamt kam der Hinweis, dass im Jugendhilfeausschuss der Stadt auch jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter des Gesundheitsamtes sitzt. Auf diesem Weg könnte sowohl der Bereich der Jugendhilfe als auch das Gesundheitsamt angesprochen werden.

Ein wichtiger Faktor für das Gelingen des „Runden Tisches“ ist die Frage, wer vor Ort die Koordination übernimmt. Diese Aufgabe erfordert erfahrungsgemäß eine gewisse Neutralität und die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Wissensständen von Behörden einerseits und Organisationen andererseits. Besonders wichtig ist es, eine Stigmatisierung der Afrikanerinnen und Afrikaner zu vermeiden. Diese Gefahr könnte zum Beispiel bei Behörden bestehen, wenn es um Abschiebungen geht. Die schwarze Hautfarbe darf nicht mit dem Problem der weiblichen Genitalbeschneidung gleichgesetzt werden.

### **Wünsche an Aktion Weißes Friedensband zur Unterstützung der kommunalen „Runden Tische“**

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser ersten Informationsveranstaltung werden weitere Treffen gewünscht. Sie dienen als Forum, in dem sich diejenigen austauschen und Fragen stellen können, die sich am Aufbau der kommunalen „Runden Tische“ beteiligen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklärten sich damit einverstanden, dass ihre Kontaktdaten untereinander weitergegeben werden dürfen. Aktion Weißes Friedensband wird eine entsprechende Liste erstellen und weiterleiten.

Beim Aufbau der kommunalen „Runden Tische“ wird Aktion Weißes Friedensband die Akteure beraten und dafür einen Leitfaden erstellen. Der Verein bietet seine Unterstützung bei der Organisation des internen Workshops an. Die Auftaktveranstaltung und die erste Sitzung des kommunalen „Runden Tisches“ wird Aktion Weißes Friedensband persönlich begleiten. In einem Rundbrief werden die Erfahrungen gebündelt und so an die anderen Kommunen weitergegeben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fragten nach einer Liste ausgewählter Filme zum Thema weibliche Genitalbeschneidung mit Filmbeschreibungen und Längenangaben. Vorgeschlagen wurden die Filme Hibos Lied, Bolokoli, Moolaadé und Maimouna – la vie devant moi. Aktion Weißes Friedensband wird eine entsprechende Filmliste erstellen.

In Köln wird Aktion Weißes Friedensband für den Wiederaufbau des „Runden Tisches“ die Kontaktdaten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Protokolle von 2006 und 2007 zur Verfügung stellen.

Zu einer Veranstaltung zum Thema weibliche Genitalbeschneidung am 25. November in Oberhausen wird Aktion Weißes Friedensband eingeladen. Sie findet im Rahmen des Tages gegen Gewalt an Frauen statt.

Bis Ende 2009 ist für die Unterstützungsleistungen durch Aktion Weißes Friedensband Geld vorhanden, das im Rahmen der Spendenverdoppelung durch die Bethe-Stiftung zusammengekommen ist.

Für Veranstaltungen und Workshops in den Kommunen kann eine Finanzierung über das Aktionsgruppenprogramm (AGP) beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über InWEnt beantragt werden. Antragsteller können nicht die Kommunen, aber Vereine, Schulen oder Kirchengemeinden sein. Aktion Weißes Friedensband wird dafür einen Muster-Antrag zur Verfügung stellen.